

Gemeinsamer Aufruf des DGB, der GEW und des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit zum Beginn des Ausbildungsjahres 2012

Wann, wenn nicht jetzt? – Das Recht auf Ausbildung umsetzen!

Junge Menschen haben ein Recht darauf, eine gute, ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechende Bildung und Ausbildung zu erhalten. Wer würde dies bezweifeln wollen?

Doch die Realität sieht anders aus:

- Nach wie vor bekommen nicht einmal alle von der Bundesagentur für Arbeit als „ausbildungsreif“ eingestuft Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Ende September 2011 waren über 76.000 junge Menschen gemeldet, die noch einen Ausbildungsplatz suchten.
- Laut Berufsbildungsbericht 2012 bleiben nach wie vor rund 15 Prozent (ca. 1,46 Millionen) der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland ohne Ausbildungs- bzw. Schulabschluss.
- Die Ausbildungsquote der Betriebe ist 2011 noch weiter gesunken (auf 22,5 %), das heißt der Anteil von ausbildenden Betrieben an allen Unternehmen geht zurück und ist damit auf einem neuen Tiefpunkt.
- Jugendliche werden teilweise gar nicht erst als Bewerber/-innen registriert, sondern direkt an das Übergangssystem verwiesen und massenhaft nach fragwürdigen Kriterien als „nicht ausbildungsreif“ abgestempelt.
- Momentan befinden sich – rund 300.000 junge Menschen im sog. Übergangssystem.
- Nahezu jeder vierte Jugendliche bricht eine Ausbildung ab. Bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss ist es fast jede/-r Dritte! Viele bleiben danach langfristig ohne Abschluss. Gerade in den Branchen, die große Schwierigkeiten bei der Besetzung der Ausbildungsplätze haben, liegt die Quote der Vertragslösungen seit Jahren konstant weit über dem Durchschnitt aller Berufe. Wenn in manchen Ausbildungsberufen fast jeder zweite Auszubildende seinen Vertrag löst, deutet dies auf massive branchenspezifische Qualitätsprobleme hin.

„Dies ist mit erheblichen negativen Konsequenzen verbunden – für den Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden auch diese Jugendlichen als Fachkräfte gebraucht“, konstatiert der Berufsbildungsbericht 2012 der Bundesregierung.

Für die jungen Menschen bedeutet dies Ungewissheit, Perspektivlosigkeit und oftmals den Weg in prekäre Arbeitsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit. Dennoch ist die öffentliche Wahrnehmung eine andere: Die jährlich sinkende Zahl der ausbildungssuchenden Jugendlichen scheint dazu zu führen, dass nun vor allem die Unternehmen vor dem Problem stehen, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen und ihren Nachwuchs zu rekrutieren. Jedoch ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2012 kaum (im Vergleich zu 2011 um 1,8 %) gestiegen. Während Arbeitgeber über 30.000 nicht besetzte Ausbildungsplätze klagten, konnten andererseits 80.000 interessierte junge Menschen keine Ausbildung aufnehmen.

Offensichtlich können sich viele Unternehmen noch nicht vorstellen, dass auch Jugendliche, die nicht mit Spitzenzeugnissen aus der Schule kommen, sich in der betrieblichen Praxis gut bewähren können und in jedem Fall eine Chance verdienen. Oftmals wissen Betriebe auch nicht, wie sie mit Jugendlichen umgehen können, die noch Unterstützungsbedarf haben. So werden immer wieder mangelnde Kenntnisse und mangelhafte Verhaltensweisen der jugendlichen Schulabgänger/-innen als Gründe genannt, wenn Ausbildungsstellen am Ende unbesetzt bleiben und Bewerber/-innen abgewiesen werden.

Gleichzeitig ändert sich an den Schulen aber zu wenig und die Bundesagentur für Arbeit kürzt massiv die Mittel für Unterstützungsmaßnahmen – dies in der irrigen Annahme, die Betriebe würden sich jetzt bereits bereits offensiv für alle Jugendlichen engagieren. Die Wirtschaft hat ihre gute Auftragslage in den letzten Jahren kaum genutzt, um mehr junge Menschen

auszubilden und auch denen eine Chance zu geben, die einer stärkeren Unterstützung bedürfen.

Das muss sich dringend ändern: Nutzen wir endlich die Potenziale unseres international anerkannten Berufsbildungssystems, überwinden wir die Passungsprobleme von Schul- und Berufssystem und garantieren allen jungen Menschen eine zukunftsfähige Ausbildung! Nach Artikel 24 Abs.1 UN-Übereinkommen bzw. Art. 28 Kinderrechtskonvention gilt die berufliche Ausbildung als Menschenrecht – verwirklichen wir es!

Die Organisationen der Jugendsozialarbeit, GEW und der DGB fordern gemeinsam eine **Ausbildungsgarantie** in den Sozialgesetzbüchern für alle jungen Menschen, die eine Ausbildung beginnen wollen, aber noch keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden!

Das gilt auch für diejenigen jungen Menschen, denen z. B. auf Grund ihres Rechtsstatus oder einer Behinderung noch Barrieren im Weg stehen, eine vollqualifizierende Ausbildung zu absolvieren. Für junge Menschen, die zusätzliche Förderung und Begleitung brauchen, benötigen wir ein Recht auf verlässliche Förderung.

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Ausbildungsmarkts wird sein, dass mehr betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Betriebe, die ausbilden wollen, sind durch passende Unterstützung in die Lage zu versetzen, junge Menschen erfolgreich ausbilden zu können und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.

Dazu brauchen wir

- Vereinbarungen über solidarische Finanzierungsinstrumente (z. B. Branchenfonds), die einen fairen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben schaffen. Das Beispiel der Bauindustrie zeigt, wie ein Umlagesystem ein relativ hohes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen auch in Krisenzeiten sichern kann.
- eine kohärente Förderung am Übergang Schule – Beruf, die von den Jugendlichen und deren individuellen Förderbedarf ausgeht und die Anschlüsse sichert. Sie setzt auf Kompetenzen, auf intensive Berufsorientierung und auf individuelle Begleitung, die den Jugendlichen die Unterstützung zukommen lässt, die sie brauchen. Verlässliche Rahmenbedingungen sind dazu unerlässlich.
- eine berufliche Beratung, die das Abbruchrisiko mindert, indem sie stärker von den Fähigkeiten und Wünschen der Jugendlichen ausgeht und sich nicht in erster Linie an unbesetzten Ausbildungsplätzen orientiert, die oft in eher unattraktiven Berufsfeldern angeboten werden.
- Modelle der assistierten Ausbildung, in der die duale Ausbildung durch kontinuierliche pädagogische Unterstützung und Beratung als drittes Element ergänzt wird – für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe. Diese muss so schnell wie möglich zu einem Regelangebot entwickelt werden.
- außerbetriebliche Ausbildungsplätze mit engen Bezügen zur betrieblichen Praxis in ausreichender Zahl für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz – in den Bereichen, in denen die Wirtschaft kein adäquates und auswahlsicherndes Ausbildungsangebot für alle Jugendlichen garantieren kann. Ziel muss es sein, in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, ob ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung möglich ist.